

Antrag

des Abgeordneten Dr. Anton Friesen, Dr. Bernd Baumann, Dr. Gottfried Curio, Jochen Haug, Lars Herrmann, Martin Hess, Dr. Christian Wirth, Jürgen Pohl, Marcus Bühl, Stephan Brandner, Dr. Robby Schlund, Matthias Büttner, Siegbert Droese, Peter Felser, Dietmar Friedhoff, Franziska Gminder, Verena Hartmann, Karsten Hilse, Martin Hohmann, Dr. Marc Jongen, Norbert Kleinwächter, Jörn König, Enrico Komning, Jens Maier, Andreas Mrosek, Christoph Neumann, Frank Pasemann, Paul Viktor Podolay, Thomas Seitz, Detlev Spangenberg, Dr. Dirk Spaniel, René Springer und der Fraktion der AfD

Bundesbehörden in die neuen Länder verlagern

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

bestehende Bundesbehörden in die neuen Länder (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) zu verlagern und zukünftig neue Bundesbehörden vorrangig dort zu errichten, um eine repräsentativere Verteilung herzustellen und strukturschwache Regionen zu stärken.

Berlin, den 18. Januar 2019

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Bundesbehörden sind in den fünf neuen Bundesländern (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) nur unzureichend repräsentiert. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion auf Drucksache 19/1108 hervor. Demnach sind nur 117 Hauptsitze und Außenstellen von Bundesbehörden in den neuen Bundesländern verankert; in den alten Bundesländern sind es 362 und im Sonderfall Berlin 66. Wird Berlin zu den alten Bundesländern gezählt, befinden sich dort sogar 428 von insgesamt 545 Hauptsitzen und Außenstellen von Bundesbehörden.

Standorte profitieren von Bundesbehörden auf vielfältige Weise. Es entstehen nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch Infrastruktur und regionale Wirtschaftskreisläufe. Darüber hinaus wird durch die lokale Etablierung von wichtigen Institutionen des Bundes das Vertrauen der Bürger in die demokratischen Institutionen, den Behördenapparat und die Identität mit dem Staat gefördert. Deshalb ist es für das Gemeinwesen förderlich, wenn die Bundesbehörden gleichermaßen auf dem deutschen Staatsgebiet vertreten sind. Insbesondere strukturschwache Regionen in den neuen Bundesländern müssen daher bei der Standortwahl von Bundesbehörden stärker berücksichtigt werden.

Dass dies überfällig ist, zeigt ein Blick in die Geschichte. Am 27. Mai 1992 schlug die unabhängige Förderalismuskommission in ihrem Bericht u. a. vor, neue Bundeseinrichtungen und -institutionen grundsätzlich in den neuen Ländern anzusiedeln. Der Bundestag nahm am 26. Juni 1992 auf Empfehlung des Ältestenrates die Vorschläge der Unabhängigen Förderalismuskommission zur Kenntnis (vgl. Plenarprotokoll 12/100 und Drucksache 12/2853).